

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Belegabonnenten und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verkaufspreis monatlich (mit Post) 2 RM, (Halbmonat) 1 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Reichsstraße 1 / Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 236 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15 694, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 236 / Druckmaschinen: Arbeiterstimme Dresden / Correcturen der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr, außer Dienstags u. Donnerstags

Abbestellungspreis: Die neuzeitlich gezeichnete Monatsbeilage oder deren Raum 0,30 RM, für Familienbelegungen 0,20 RM, für die Restbeilage anschließend an den dreißigsten Teil einer Zeitschrift 1,25 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 24. Juni 1927

Nummer 145

Die Sachsenregierung perfekt

Die Deutschnationalen in der Regierung / Die USPS als Schrittmacher der Reichspolitik der Sozialdemokraten / Die neuen Mannen der sächsischen Bürgerblockfraktion

Der Regierungsfußhandel beendet

Der sächsische Regierungsfußhandel ist nun allem Anschein nach beendet worden. Der Ministerpräsident Heidt hat noch vor einigen Tagen lange Briefe an die Parteien geschrieben und ihnen Vorschläge für die Regierungsbildung unterbreitet. Aus einem veröffentlichten Schreiben geht hervor, daß Heidt den Deutschnationalen das Finanzministerium angeboten hatte. Diese bestanden zuerst auf die Innenministerien; wie uns mitgeteilt wird, hat die Deutschnationale Landtagsfraktion gestern abend beschlossen, das Wirtschaftsministerium zu übernehmen und als Minister hierfür den ehemaligen geheimen Regierungsrat Krug v. Nidda bestimmt. Der Beschluß der deutschnationalen Landtagsfraktion, sich auf dieser Basis an der Regierung zu beteiligen, soll mit knapper Mehrheit gefaßt worden sein. Mit diesem Beschluß ist die Regierungsbildung in Sachsen vorläufig beendet. Die Deutschnationalen ziehen in das Sachsenkabinett ein. Justizminister wird Herr v. Fumetti. Die Reaktion marschiert, durch die Bindung aller Parteien versucht man eine Festigung. Die Forderung auf Herabsetzung der Ministerien ist fallen gelassen.

Die neue Ministerliste

Wie in den Morgenzeitungen mitgeteilt wird, dürfte das neue Sachsenkabinett nun wie folgt aussehen:

- Ministerpräsident Heidt (USPS)
- Innere: Dr. Apelt (Demokrat)
- Volksbildung: Dr. Kaiser (Volkspartei)
- Finanzen: Weber (Wirtschaftspartei)
- Wirtschaft: Dr. Krug v. Nidda (Deutsch-Nat.)
- Justiz: Dr. v. Fumetti (Aufwertung)
- Arbeit: Elöner (USPS)

Die sieben bisher bestehenden Ministerien sind in vollem Umfange beibehalten worden. Die Deutschnationalen haben um des Ministerpräsidenten willen die Forderung auf Verringerung der Ministerien aufgegeben. Ebenso haben sie auf das Innenministerium verzichtet. Die Hauptlast für die Deutschnationalen ist ein Ministerium. Die neue Regierungskonstellation in Sachsen bedeutet einen weiteren Fortschritt der Reaktion. Die USPS hat auch diesen weiteren Vormarsch der Reaktion gefördert. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß hier die Demokraten mit den Deutschnationalen in eine Regierung gegangen sind. Im Reich stehen die Demokraten zu den Deutschnationalen bekanntlich noch in Opposition. Die gemeinsame Regierungsbildung der USPS mit den Deutschnationalen zeigt die Linie an, die sehr wahrscheinlich die Entwicklung im Reich nehmen wird. Die USPD-Sozialdemokraten waren von Sachsen aus bisher fast immer die Schrittmacher der Reichspolitik der SPD. Hier in Sachsen wird nun die Forderung Stresemanns und eines Teiles der Parteivorstandsmitglieder der SPD verwirklicht. Die große „Volksblockregierung“, von rechtsstehenden Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen; die Sehnsucht nach einer solchen Koalition im Reich sprach aus den mannigfachen Reden der SPD-Führer auf dem Arier-Parteitag heraus.

Durch die Einbeziehung der sogenannten Volksrechtspartei, der Aufwärtler, in die Regierung will man die schwankenden Gestalten fester an den Kurs der Reaktion binden. Diese Maßnahme zeigt den Versuch der Festigung der reaktionären Richtung. Für die sächsische Arbeiterkraft ist diese Regierungsneubildung von großer Bedeutung. Die arbeitereindliche Partei steht in Sachsen, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung aus Arbeitern besteht, in die Regierung ein. Gleichzeitig damit wird der Versuch der Stabilisierung der aus mannigfachen Gruppen zusammengesetzten Landtagsmehrheit vorgenommen. Mit diesem Schritt will man entgegen dem Willen der Wähler den Landtag zum Stillstand bringen. Gleichzeitig trägt man die bürgerliche sächsische Politik nach Sachsen vor.

Der bisher schon reaktionäre Kurs wird noch mehr verschärft werden. Die Deutschnationalen sind aus der halblegalen Regierungspartei zur legalen Regierungspartei geworden. Den Arbeitern dürfte klar sein, was sie von dieser Regierung zu erwarten haben. Die Antwort der Arbeiterkraft auf diese Regierungsbildung muß die Einziehung von verschärften Wirtschaftskämpfen sein. Die Arbeiter müssen auf den Vormarsch der Reaktion mit dem Angriff in Wirtschaftskämpfen antworten.

Die Bauernschaft wird auf den deutschnationalen Wirtschaftsminister einige Hoffnungen setzen. Sie wird glauben, der neue Minister werde ihre Interessen vertreten. Die Richtung, die von diesem Minister eingeschlagen wird, dürfte aber auch der Bauernschaft, zum mindesten der mittleren und kleineren Bauernschaft, klar werden, wenn sie daran denkt, daß die Deutschnationalen ihren Antrag auf Aufhebung des Kinderzuschusses zurückgezogen. Viele Maßnahmen erfolgte schon mit Rücksicht auf das von den Deutschnationalen zu übernehmende Wirtschaftsministerium. Die Politik dieses Ministers wird eine ausgesprochen kleinbauernfeindliche Politik werden.

Die Reaktion ist auch in Sachsen ein Stück weiter voranschritten. Die Aufgabe der Arbeiter ist es, im sozialen Kampf durch eigene Angriffe der Reaktion zu begegnen, den Angriff auf diese Regierung vorzubereiten und ihren Sturz herbeizuführen.

Die Beamten demonstrieren

Massendemonstrationen unter roten Fahnen in Berlin.
Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Gestern fand eine riesige Demonstration der Beamten im Lustgarten statt. Die ungeheure Not der Beamten zeigte sich bei dieser Massendemonstration. Von 6 großen Plätzen der Stadt zogen die Mäße der Polizei, Justiz, und aller übrigen Beamtenkategorien. In den Mäßen wurden rote Fahnen mitgeführt, obwohl das Mitbringen von Fahnen verboten worden war. Zum Lustgarten mitgeführte Plakate brachten die empörte Stimmung der Beamten zum Ausdruck. Auf den Plakaten war zu lesen: „Für Kriegsspielereien hat die Regierung Geld — für die Beamten keinen Pfennig! „Beamten in Not Reichstag, Sorge für Brot! Wir haben wenig zu essen — die Republik hat uns vergessen!“ Besonderen Eindruck machte der Aufmarsch des vom Bülowplatz kommenden Zuges. 21 Redner sprachen zu den aufmarschierenden Beamten. Sie wiesen hin auf die vergeblichen Versuche, von den Parteien und der Regierung Unterstützung zu bekommen. Hunderte von Mitgliedern der verschiedenen Verbände, die als Parteien für diese Zustände verantwortlich machen wollten, wurde zugerufen: „Mit Ausnahme der Kommunisten!“ Auch einige nationalsozialistische Entgleisungen wurden von den Demonstranten beantwortet: „Wir lassen uns nicht von den Arbeitern trennen! Nur die Kommunisten sind für uns eingetreten!“ Mit dem Gesang der „Internatio-

onale“ und mit Hürnenrufen „Nieder mit der Bürgerblockregierung“, mit Hochrufen auf das Bündnis mit der Arbeiterkraft wurde die Kundgebung geschlossen.

Der deutschnationale Minister

Dr. jur. Friedrich Krug v. Nidda und v. Falkenstein ist einer der alten reaktionären Beamten der kaiserlich-königlichen Zeit. Er kommt aus einer Offiziersfamilie. Sein Vater war Generalleutnant und Generaladjutant Sr. Majestät des Königs von Sachsen. Der neue deutschnationale Minister war von 1896 bis zur Revolution im sächsischen Staatsdienst, und zwar zuletzt als Vortragender Rat mit dem Titel Geheimer Regierungsrat im Ministerium des Innern. Nach der Revolution trat er von seinem Amte zurück, damit seine Einstellung zur Entwicklung deutlich genug zum Ausdruck bringend. Krug v. Nidda bringt also alle Voraussetzungen mit, die Reaktion im Kabinett würdig zu vertreten. Neben den ehemaligen Sozialdemokraten Heidt und Elöner kennzeichnet er trefflich die reaktionäre Entwicklung und die Größe des Arbeitererrats durch die Sozialdemokraten in den Jahren 1918 bis 1923.

Der neue Justizminister v. Fumetti war bisher Privatdozent in Leipzig. Sein wesentliches Kennzeichen war, bisher keine Unbeholfenheit und Planlosigkeit.

Das sächsische Kabinett wird durch den Zugang der zwei neuen Minister zum Mindesten „gebildet“. Ob es Fumetti auch aufwertet?

Im Dienste Chamberlains

Stresemann beteuert den „Friedenswillen“ des Weltimperialismus.

Kommunistische Kampfanlage an die Kriegsgegner.

Die Donnerstagstagung des Reichstages war für die deutsche Bourgeoisie ein sogenannter „Großer Tag“. Stresemann hat gesprochen. Er beschäftigte sich eingehend mit der kommunistischen Interpellation und dem kommunistischen Antrag zur Außenpolitik des neuernannten deutschen Imperialismus und dem geplanten Eintritt Deutschlands in die Völkerbundmandatskommission. Stresemann zeigte sich als der Außenpolitiker der deutschen Bourgeoisie, der keine Kriegsgefahren kennt. Deutschland will den Frieden und die kapitalistische Regierung Frieden mit dem deutschen Volke. Deutschland will die Freundschaft zur Sowjetunion. Alles das beteuert Stresemann. Niemand in der Welt, klang es aus seinen Worten, hat jemals verurteilt, eine Entschließung gegen die Sowjetunion zu treiben. Allerdings sei weltrevolutionäre Propaganda vor allem europäischer „Kulturstaaten“ zu bekämpfen. Deshalb habe Deutschland die Vertreter der Sowjetunion vor der Schließung der 20. Konterrevolutionäre gewarnt.

Stresemann will sogar die 300e abbauen, obwohl der Ernährungsminister Schiele die Erhöhung der Wucherzölle fordert. Der Eintritt Deutschlands in die Kolonialmandatskommission sei notwendig „wegen der Bekämpfung der Seuchen“.

Gegenüber dem Geschwätz der Sozialdemokraten war die Rede Stresemanns das unumwundene Zugeständnis, daß in Genf die russische Frage im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden hat und der wichtigste Gegenstand der „vertrauensvollen und offenen“ Unterredung zwischen ihm und Chamberlain gewesen ist. Das Ergebnis der Unterredung wurde ungeschminkt mitgeteilt. Stresemann tritt mit schwerem Gesicht in die Außenpolitik ein. Ganz im Stile Chamberlains erklärte er sich für den „entschiedenen Widerstand gegen die revolutionäre Propaganda der 3. Internationale“, und gegenüber dem russisch-polnischen Konflikt führte er eine Sprache, daß bei dem unbefriedigten Zuschauer der Eindruck erweckt wird, als ob nicht in Warschau der russische Gelehrte Wajnow, sondern in Moskau der polnische Gelehrte Paal ermordet worden wäre. Herr Stresemann, friedliebend wie er ist, wandte sich nicht an die polnische Regierung, um bei ihr „Vorstellung über die unerhörte Tat und die noch unerhörtere Behandlung des Märders zu machen“, sondern hielt sich für „berechtigt“ und „verpflichtet“, bei der Sowjetunion darauf hinzuweisen, daß die Vorläufe nicht zu einer Vereinbarung der europäischen Völkern führen dürfen. Auf einen Artikel der „Iswestija“, den Stresemann anführt, daß eine vertragliche Vereinbarung zwischen ihm nicht zustande gekommen sei, versucht Stresemann geschickt gegen die Kommunisten auszuweichen. Stresemann erinnerte, daß vor dem Krieg formell zwischen England und Rußland auch kein Vertrag bestand und doch existierte ein deutscher Botschafter in London, und Deutschland erfolgter Kriegserklärung zwischen Rußland und Deutschland für kriegsfähig halten wollte. Die englischen Diplomaten werden sich bei Herrn Stresemann für seine Rede bedanken und sich ins Häußchen lachen.

Das deutsche Proletariat aber weiß trotz der Rede des Herrn Stresemann, wie die Dinge gelagert werden. Unter den Klassenbewachten Arbeitern ist kein Zweifel mehr darüber, daß Deutschland sich entschieden hat, und zwar für Chamberlain, gegen die Sowjetunion. Stresemann hat keinen Zweifel über die Linie der deutschen Außenpolitik gelassen.

Nach der Rede Stresemanns beteuerte der Zentrumsmann Kaas Freundschaft für die Sowjetunion, was ihn jedoch nicht hindert, im gleichen Atemzuge von der berechtigten Entrüstung der gesamten Kulturwelt gegen die Massenverurteilung der letzten Wochen in Rußland zu reden. Der Sozialdemokrat Breitkopf bekennt sich auch zum ersten Male als Freund der Sowjetunion. Die Sozialdemokratie wolle sich mit aller Entschiedenheit einer heillosen Allianz gegen die Sowjetunion widersetzen. Er ist für die Tätigkeit Deutschlands in der Kolonialmandatskommission, lehnt aber die Erwerbung von Kolonien zur Zeit wegen der großen Gefahren ab. Stresemanns Außenpolitik garantierte für lange Zeit einen Waffenstillstand, wenn auch nicht den ewigen Weltfrieden.

Dann spricht für die kommunistische Partei der Genosse Stoecker, der die imperialistischen Pläne der deutschen und der Weltbourgeoisie aufzeigt, die Rolle der sozialdemokratischen Führerschaft kennzeichnet und die Arbeitermassen zum Kampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande aufruft.

Rede des Genossen Stoecker:

Wenn der Freund Stresemanns, der volksparteiliche Abgeordnete von Rheinbaben, kürzlich schrieb: „Weber Locarno, nach Genf und imstande gewesen, einen wirklichen Zustand des Friedens und der Sicherheit in Europa einzuleiten; der Grund dafür liegt in der Heuchelei, in dem Wortbruch und der Unehrlichkeit der Siegermächte von 1918“, sind wir Kommunisten der Meinung, daß Heuchelei, Wortbruch und Unehrlichkeit nicht von den Siegermächten gepachtet, sondern die Grundmethoden aller kapitalistischen Diplomatie sind, auch der deutschen Außenpolitik und des deutschen Außenministers. Der Völkerbund und Locarno zeigen